



Aktueller Begriff - Europa

Die Europäische Union unter ungarischer Ratspräsidentschaft

Am 1. Januar 2011 hat Ungarn von Belgien die Ratspräsidentschaft für das erste Halbjahr 2011 übernommen. Das jüngst veröffentlichte 56-seitige Programm der Präsidentschaft trägt den Titel „Strong Europe with a Human Touch“. Es ist an den vier Themenkreisen **Wachstum, Beschäftigung und soziale Integration**, ein **stärkeres Europa**, **eine bürgernahe Union** sowie **Erweiterung und Nachbarschaftspolitik** ausgerichtet. Überrasgendes Ziel für die kommenden sechs Monate sei, die anhaltende Wirtschaftskrise in der Europäischen Union (EU) erfolgreich zu überstehen und zugleich ein tragfähiges Fundament für die künftige Entwicklung der EU zu schaffen.

Als oberste Priorität seiner Ratspräsidentschaft betrachtet Ungarn die **Förderung des wirtschaftlichen Wachstums** durch eine **verstärkte wirtschaftliche Steuerung** und die **Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten** sowie die **Verbesserung der sozialen Integration**.

Zur **Verstärkung der haushalts- und wirtschaftspolitischen Steuerung** der EU soll bis Juni 2011 eine Einigung über sechs Legislativvorschläge der Europäischen Kommission erzielt werden. Vier der im September 2010 vorgeschlagenen Rechtsakte dienen der Intensivierung der haushaltspolitischen Koordinierung und Steuerung der Mitgliedstaaten und sollen den Stabilitäts- und Wachstumspakt reformieren. Zwei weitere Verordnungen sollen dafür Sorge tragen, aufkommende makroökonomische Ungleichgewichte in der EU frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Die Einigung über die Legislativvorschläge soll den Abschlussbericht der „Task Force on economic governance“ (Van-Rompuy-Arbeitsgruppe) sowie die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 16./17. Dezember 2010 berücksichtigen.

Die erstmalige Durchführung des sog. **Europäischen Semesters**, das die Haushalts- und Strukturpolitik der Mitgliedstaaten abstimmt, wird in den Zeitraum des ungarischen Ratsvorsitzes fallen.

Desweiteren sollen unter ungarischer Ratspräsidentschaft bis März 2011 die Arbeiten zur Ausgestaltung des **dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)** abgeschlossen werden. Hierfür ist eine Änderung der EU-Verträge erforderlich.

Die ungarische Ratspräsidentschaft will eine **effiziente Regulierung der Finanzmärkte** weiter vorantreiben und die zum Jahreswechsel neugeschaffenen Aufsichtsgremien, den Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) und die drei europäischen Aufsichtsbehörden, die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) sowie die Europäische Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (ESMA), bei ihrer Arbeit unterstützen.

Die im Jahr 2010 vorgelegte EU-Strategie für nachhaltiges, intelligentes und integratives Wachstum – **Europa 2020** – ist das Instrument zur **Schaffung neuer Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten** sowie zur **Verbesserung der sozialen Integration**. Im Fokus der Ratspräsidentschaft steht diesbezüglich eine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, die Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere für junge Menschen, die Bekämpfung von Kinderarmut sowie die Integration der Roma. Der ungarische Vorsitz beabsichtigt einen europäischen Rah-

Nr. 02/11 (18. Januar 2011)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

men für die jeweiligen nationalen Roma-Eingliederungsstrategien zu schaffen. Besondere Aufmerksamkeit möchte die Ratspräsidentschaft auch der **Binnenmarktakte** (Single Market Act) widmen, die im Oktober 2010 von der Kommission vorgelegt wurde. Die Akte enthält 50 Vorschläge zur Komplettierung des europäischen Binnenmarktes bis 2012.

Mit ihrem zweiten Schwerpunkt möchte die ungarische Präsidentschaft hinwirken auf ein **stärkeres Europa**.

Im Mittelpunkt steht hier die Überprüfung und Modernisierung der **Gemeinsamen Agrarpolitik** (GAP). Ziel ist es, die GAP auf neue Herausforderungen vorzubereiten und die Erwartungen der Bürger an die Nachhaltigkeit der Nahrungsmittelindustrie und die Lebensmittelsicherheit zu erfüllen. Ebenfalls im Fokus steht die Schaffung einer **gemeinsamen Energiepolitik**. Unter ungarischer Leitung wird im Februar 2011 der erste EU-Sondergipfel zur Energiepolitik stattfinden. Ziel der Energieminister ist es, im Rahmen des Gipfels einen Aktionsplan zur Energieeffizienz zu beschließen. Ungarn plant im Rahmen seiner Präsidentschaft den Ausbau der Infrastruktur des europäischen Energiemarktes, die Aufstellung der erforderlichen Finanzierung und die Verständigung auf gemeinsame europäische Aktionen. Einen Kernpunkt der ungarischen Ratspräsidentschaft stellt auch die Verabschiedung der **Donau-Strategie** dar, die auf eine Entwicklung der Donau-Region gerichtet ist. Ziel ist es, die regionale Zusammenarbeit der 14 teilnehmenden Staaten – darunter Ungarn, sieben weitere Mitgliedstaaten der EU (Bulgarien, Deutschland, Österreich, Rumänien, Slowakei und Slowenien, Tschechien) sowie sechs Drittländer (Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Moldawien, Mon-

tenegro, Serbien, Ukraine) – zu fördern und einen Beitrag zum Ausgleich regionaler Unterschiede zu leisten.

Wichtiger Förderaspekt ist hierbei die Wettbewerbsfähigkeit und Markterweiterung bei kleinen und mittleren Unternehmen.

Eine **bürgernahe EU** steht im Mittelpunkt des dritten Themenkreises der Ratspräsidentschaft. Unter den Zielvorstellungen Ungarns findet sich deshalb zum einen die Weiterführung der Verwirklichung des **Stockholmer Programms** für ein offenes und sicheres Europa im Dienste und zum Schutz der Bürger. Hierbei soll das Thema Datenschutz in den Fokus gerückt werden. Zum anderen soll die Erweiterung des Schengen-Raums um Rumänien und Bulgarien vorangebracht werden.

In die ungarische Ratspräsidentschaft fällt außerdem der Jahresbericht zur Anwendung der **Grundrechte Charta** in der europäischen und den nationalen Rechtsordnungen.

Schließlich setzt die ungarische Ratspräsidentschaft einen vierten Schwerpunkt auf **Erweiterung und Nachbarschaftspolitik**.

Die ungarische Ratspräsidentschaft will sich dafür einsetzen, dass die laufenden Beitrittsverhandlungen mit **Kroatien** in der ersten Jahreshälfte 2011 einen Abschluss finden. Im Hinblick auf die Türkei will man die Verhandlungen entsprechend dem Fortgang des nationalen Reformprogramms vorantreiben. Mit Island sollen substantielle Fortschritte bei den Beitrittsverhandlungen erreicht werden. Zudem sollen Serbien und Mazedonien Beitrittsperspektiven eröffnet werden.

Im Rahmen des zweiten Gipfeltreffens der Östlichen Partnerschaft im Mai 2011 will die ungarische Ratspräsidentschaft zur **Stärkung der Ostdimension in der Nachbarschaftspolitik** beitragen.

Quelle:

Programm der ungarischen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union, „Strong Europe with a Human Touch“ (bislang nur in englischer Sprache verfügbar), online abrufbar unter:
http://www.eu2011.hu/files/bveu/documents/HU_PRES_STRONG_EUROPE_EN.pdf
(Stand: 14. Januar 2011).